24.06.2019

HAUSHALT

Pensionsfonds investieren in nachhaltige Aktienindizes

© picture alliance/dpa | Arne Dedert

Baden-Württemberg und drei weitere Länder werden die Mittel ihrer Pensionsfonds nach miteinander abgestimmten nachhaltigen Kriterien anlegen. Hierfür hat das Unternehmen STOXX Ltd., eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Deutschen Börse AG, den Zuschlag erhalten.

Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen werden die Mittel ihrer Pensionsfonds künftig nach miteinander abgestimmten nachhaltigen Kriterien anlegen. Gemeinsam haben sie einen Anbieter mit der Entwicklung von zwei nachhaltigen Aktienindizes beauftragt: einen Aktienindex für die Eurozone, einen für außerhalb der Eurozone. Das Pensionsvermögen der vier Länder wird überwiegend von der Deutschen Bundesbank passiv verwaltet. Die Aktienportfolios haben derzeit ein Gesamtvolumen von rund 3,6 Milliarden Euro.

Mit der Umstellung werden die Länder ihr Aktienvermögen nur noch in Unternehmen investieren, die in den Bereichen Ökologie, Soziales und Unternehmensführung auf Basis zahlreicher Kennzahlen zu den am besten bewerteten zählen. Dabei gelten insbesondere internationale Normen und Standards zum Schutz der Umwelt sowie ethische und soziale Kriterien, die von der UN formuliert wurden. Ausgeschlossen sind Geschäftsfelder und Praktiken, die sozialen oder ethischen Grundsätzen widersprechen. Unternehmen, die Atomenergie produzieren, sind im Wesentlichen ausgeschlossen. In einer besonderen Variante werden beide Indizes auch mit einem zusätzlichen Ausschluss der Gewinnung fossiler Brennstoffe („fossil free") sowie der CO_2-intensivsten Unternehmen berechnet.

Nachhaltigkeit als Richtschnur

„Nachhaltigkeit ist unsere Richtschnur – das gilt auch für unsere Geldanlagen", sagte Finanzstaatssekretärin Gisela Splett. „Wir investieren unser Vermögen verantwortungsbewusst – also rentabel, sicher und auch unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten." Vom Pensionsvermögen in Höhe von rund 3,6 Milliarden Euro, das nun umgestellt wird, kommen etwa 1,13 Milliarden Euro aus dem Versorgungsfonds Baden-Württemberg. „Auch beim Versorgungsfonds ist es uns ein Anliegen, nicht in die Gewinnung fossiler Brennstoffe und nicht in CO2-intensive Unternehmen zu investieren", stellte Splett fest. Bereits 2017 hat das Land die Anlagerichtlinien der Versorgungsrücklage um die Kriterien Nachhaltigkeit und Divestment ergänzt. Die Versorgungsrücklage hatte Ende Mai 2019 ein Volumen von etwa 3,96 Milliarden Euro. Sie wird aktiv durch zwei Fondsgesellschaften gemanagt. Versorgungsrücklage wie auch Versorgungsfonds dienen zur Sicherung der Finanzierung der Versorgungsaufwendungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.

Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen sind in einer länderübergreifenden Initiative gemeinsam vorgegangen und hatten zunächst in einem Kooperationsprojekt zusammen mit der Deutschen Bundesbank begonnen, für einen neuen nachhaltigen Aktienindex gemeinsame Nachhaltigkeitskriterien unter Berücksichtigung der eigenen Vorgaben zu entwickeln. Die Entwicklung der Indizes in den Varianten mit und ohne Ausschluss fossiler Energiegewinnung ermöglicht den beteiligten Ländern, im Rahmen des gemeinsamen Konzepts regionale Besonderheiten und energiepolitische Entscheidungen auf Landesebene zu berücksichtigen.

Europaweite Ausschreibung

Im September 2018 wurde dann eine europaweite Ausschreibung in Form eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb zur Suche eines Anbieters für zwei nachhaltige Aktienindizes inklusive des notwendigen Nachhaltigkeitsresearchs gestartet. Der Anbieter soll deren Konstruktion sowie die laufende Berechnung und Pflege übernehmen. Die passive Nachbildung dieser Indizes erfolgt entweder durch die Bundesbank oder durch das jeweilige Land.

In der vergangenen Woche hat nun das Unternehmen STOXX Ltd., eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Deutschen Börse AG, den Zuschlag erhalten.

Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen haben in ihren passiv verwalteten Pensionsfonds zusammen insgesamt etwa 3,6 Milliarden Euro (Stand: 31. Dezember 2018) in Aktien der Eurozone und außerhalb der Eurozone investiert.

Vor dem Hintergrund weiter wachsender Anlagevolumina werden die Gesamtinvestitionen der vier Länder in den nächsten Jahren voraussichtlich rund 7 Milliarden Euro betragen.

#Haushalt/Steuern

Link dieser Seite:

https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/pensionsfonds-investieren-in-nachhaltige-aktienindizes-1?pk_campaign=190624_newsletter_daily